

Weltoffenheit als Farce

Weil sie kaum jemand im Alltag lebt, müssen „Internationalität“ und „Weltoffenheit“ in Freiberg vor allem auf Bühnen inszeniert werden.

Wenn sich heute in Freiberg zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen ein von der AfD angeführter bunter Mob, bestehend aus „besorgten Bürgern“, frustrierten Rentnern, betrunkenen Neonazis und anderen unverbesserlichen und verblödeten Zonenbewohnern, trifft, ist das nur eine weitere eklige Manifestation einer seit 2013 anhaltenden fremdenfeindlichen Mobilisierung, die ihr Zentrum in den ostdeutschen Bundesländern hat. Diese wird zwar nicht wie Anfang der neunziger Jahre von den Regierungsparteien hofiert und den Leitmedien sekundiert, radikalisiert sich aber dennoch aufgrund der gegenwärtigen Flüchtlingskrise, von der seit der Einrichtung von immer mehr Notunterkünften auch die Eingeborenen im letzten sächsischen Nest etwas mitbekommen.

Vor etwas mehr als zwei Jahren konnte man noch die Hoffnung haben, dass der aggressive Typus des ostzonalen Provinzpatrioten – der garstig auf Fremde, „die da oben“ und vermeintliche Gemeinschaftschädlinge schimpft und in letzter Konsequenz auch wie mittlerweile wieder vielerorts nachts feuchtfröhlich zur nächsten Asylunterkunft zieht, um sie anzuzünden – zumindest in einigen Teilen der ostdeutschen Provinz nicht mehr den Alltag bestimmt. Nämlich in den urbaneren Gegenden, in denen in den letzten 20 Jahren eine Modernisierung von Arbeitswelt, Verwaltung und Infrastruktur, die Neuansiedlung von Gewerbe und Industrie und nicht zuletzt auch die neu erworbene Möglichkeit zum All-inclusive-Urlaub auf den Kanaren einen zivilisierenden Einfluss auf das aggressive Gebaren der Provinzler ausübte.

Mittlerweile sieht sich diese Hoffnung enttäuscht: Im Jahr 2011 zählte das Bundesinnenministerium noch 18 Brandanschläge auf Asylunterkünfte. In diesem Jahr waren es laut einer Statistik des Bundeskriminalamtes bis Ende November bereits 747 Angriffe, davon 93 Brandanschläge. Fast überflüssig zu erwähnen: die Mehrzahl davon im Osten der Republik. Hinzu kom-

men die alltäglich gewordenen Bedrohungen und Angriffe, die sich gegen freiwillige Helfer und Journalisten richten. In vielen Orten sprießen, sobald die Nachricht ankommt, dass auch bei ihnen eine Flüchtlingsunterkunft entstehen soll, als „asylkritisch“ verharmloste Bürgerinitiativen aus dem Boden. In sozialen Netzwerken und mit Hilfe von Infoständen, Mahnwachen und Demonstrationen bringen sie ihren fremdenfeindlichen und verschwörungsideologischen Gedankenabfall in den öffentlichen Umlauf und stoßen damit bei nicht wenigen auf ungeteilte Zustimmung.

Während sich auf Ebene der Bundespolitik seit dem „Aufstand der Anständigen“ die Reaktionsmuster auf den hinterwäldlerischen Mob geändert haben, ist in man in der Provinz wie mit so vielem auch hierbei hinter der aktuellen Entwicklung zurück. Das neue Deutschland bezieht heute seine nationale Identität aus dem Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und rechte Umtriebe. Seine Vertreter bezeichnen die zurückgebliebenen Ausländerfeinde mittlerweile als das, was sie sind.

In der sächsischen Provinz ist man im Gegensatz dazu vor allem darum bemüht, einen befürchteten Imageschaden und negative Pressemeldungen abzuwenden. Weil die hiesige Realität der bundesoffiziellen hinterherhinkt, wird also eine Fassadennormalität behauptet, die sich, wenn sie nur oft und penetrant genug wiederholt wird, zwischen Wahrnehmung und Wirklichkeit schiebt. Beispielhaft dafür stehen die Reaktionen der städtischen Initiativen und Institutionen in Freiberg. Diese wollen wie immer „positive Signale“ senden und „problemorientierte Lösungen“ anbieten. Eine zu deutliche Thematisierung der Missstände, eine inhaltliche Auseinandersetzung damit oder gar Kritik an den konkreten Zuständen vor Ort scheut man hingegen, weil man den lokalen Frieden und die gut geschmierte Konsensgemeinschaft der Gesinnungsfreiberger nicht gefährden will. Stattdessen folgen sämtliche

Reaktionen seit Jahren einem eingeübten Ritual: Tritt irgendwo in Freiberg ein Nazi öffentlich in Erscheinung, so läuft hinter ihm bereits eine Schar von Sprechautomaten, die im Chor „Weltoffenheit“ krakeelen und selbst nicht so richtig wissen, was sie damit eigentlich meinen. Zur Veranschaulichung mache jeder einmal selbst den Test und schaue nach den nächsten Negativschlagzeilen aus Freiberg in den Lokalteil der Freien Presse oder das Amtsblatt des Rathauses. Ohne die Betonung von „Weltoffenheit“ kommt dort kein Statement aus. Das Reflexhafte dieser Reaktion, das im Abspulen inhaltsleerer Slogans besteht, ist offensichtlich. Wie ein bockiges Kind, das unbewusst um die Fragilität seiner Phantasiewelt weiß, wiederholt man seine Mantras solange, bis man anfängt, an sie zu glauben. Dann heißt es: „Freiberg ist weltoffen“.

Folgerichtig lädt also auch für den heutigen Abend die Initiative „Wir sind Freiberg“, ein 2011 unter Federführung der Freiburger Agenda 21 gegründetes Bündnis, zu einer „Bühne für Weltoffenheit“ auf dem Untermarkt. In der Einladung heißt es: *„In Freiberg gehören regionale Verankerung und Internationalität zusammen. Unsere Universitätsstadt zieht seit Jahrhunderten Menschen aus der ganzen Welt an. Offenheit und Gastfreundlichkeit haben Tradition hier in Freiberg.“* Diese Phrasologie, in der Sprache, Denken und Reklame eins geworden sind, sagt tatsächlich wenig über die Freiburger Lebenswirklichkeit in Vergangenheit und Gegenwart aus. Sie ist eher ein Anzeichen für die Grundmechanismen eines realitätstüchtigen, um das Wohl seiner Stadt besorgten Bürgers: Verdrängen, Abspalten und Verleugnen. Ganz naiv wird behauptet, dass „Internationalität“ und „Gastfreundlichkeit“ eine ungebrochene Tradition in Freiberg hätten. Damit soll darüber hinwegtäuscht werden, dass erst vor ein paar Wochen mehrere hundert Freiburger Otto-Normal-Vergaser am Bahnhof den neu ankommenden Flüchtlingen ihr Verständnis von Gastfreundlichkeit in Form von Steinen, Flaschen und Obst entgegenwarfen. Wenn man solchen herzerwärmenden Nonsense liest, könnte man auch glatt vergessen, dass es selbstverständlich auch ein Freiberg im Nationalsozialismus gegeben hat und damals hunderte jüdische

Frauen in einem KZ-Außenlager auf der Frauensteiner Straße für die Rüstungsindustrie Zwangsarbeit leisten mussten. Auch der gewalttätige Neonazismus zieht seit Anfang der neunziger Jahre eine blutige Spur durch die Stadt und ist den zivilgesellschaftlichen Animatoren keine Silbe wert.

Wie kommt man außerdem auf die Idee, „regionale Verankerung“, „Internationalität“ und „Weltoffenheit“ zusammenzudenken, wo letzteres doch vor allem hieße, aus stumpfen Traditionen auszubrechen und erfahrungsoffen und veränderungsbereit die überkommenen Verhältnisse hinter sich zu lassen, statt immer wieder nach Absicherungen seiner Identität zu suchen? Doch eine sinnvolle inhaltliche Vorstellung dessen, was Weltoffenheit sein könnte, hat man in Freiberg nicht. Stattdessen sind die in Marketingsprache verfassten Phrasen als Reaktionen auf die Anforderungen einer Stadt im modernen Standortwettbewerb zu verstehen, bei dem man nicht zurück bleiben will: *„Internationalität sind(sic!) die Bausteine des Erfolgs in Wissenschaft, Kultur und Sport.“* Die Marke Freiberg soll beides gewährleisten: Nach außen flexibel und dynamisch wirken und nach innen mittels Identitätsstiftung den sozialen Burgfrieden der Stadtgemeinschaft garantieren. Das Gefasel von der Weltoffenheit dient dabei lediglich als Werbung für den „Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort“, was in einem Konzeptpapier von „Wir sind Freiberg“ auch unumwunden zum Programm erklärt wird: *„Weltoffenheit ist in Deutschland derzeit viel im Gespräch. Auch für die Universitätsstadt Freiberg hat Weltoffenheit einen besonderen Stellenwert (...). Als Standortfaktor hat die ‚Aufgeschlossenheit gegenüber anderen Kulturen‘ Bedeutung für die Ansiedlungspolitik großer Unternehmen. Als Imagefaktor kann Weltoffenheit die Anwerbung ausländischer Fachkräfte stimulieren, die Entscheidung für eine Hochschule bestimmen oder schlicht auch die Wahl des Lebensmittelpunktes beeinflussen.“* Daher bleibt es auch heute auf der „Bühne für Weltoffenheit“ wieder nur bei „positiven Botschaften“. Dass diese Veranstaltung eine Gegenkundgebung zur AfD-Demonstration sein soll, ist weder bemerkbar noch intendiert. In der öffentlichen Auseinandersetzung beschränkt man sich im besten Fall auf eine unpolitische Kritik.

Oberbürgermeister Sven Krüger (SPD) ist selbst das schon zu viel des Guten, weshalb er auch heute nicht auf der „Bühne für Weltoffenheit“ sprechen wird. Gegenüber der Freien Presse sagte er, dass es die Aufgabe eines OB sei, Probleme zu lösen, wozu Demonstrationen aber nicht beitragen: *„Wichtig ist, dass wir uns bei allen Meinungsverschiedenheiten gewaltfrei und mit Respekt gegenüberstehen. Denn nur so handeln wir menschlich.“* Hass und Hetze sind für Krüger also respektable Meinungen und am Ende vielleicht sogar Teil seiner Problemlösung, die in den letzten Wochen darin bestand, dass er die Ressentiments der Bevölkerung fleißig befeuerte und ihren unbegründeten Ängsten durch die Einrichtung von „Stadtsheriffs“ Satisfaktion verschaffte. Auch die AfD hat ihn deshalb zu ihrer Kundgebung eingeladen, da er, so der AfD-Stadtrat Marko Winter, in *„Bezug auf Fehlentwicklungen in der Asylpolitik klare Worte, u.a. zu importierter Kriminalität, gefunden“* habe, wofür ihm Dank gebühre.

Während Krüger also die rechten Wähler nicht verstimmen will und auf die populistische Karte setzt, üben sich die weltoffenen Freiburger in sekundärer Schadensbegrenzung. Von den Ursachen für den Erfolg der AfD wollen sie gar nichts wissen. Diese Unfähigkeit zur Kritik an den fremdenfeindlichen Zonebrüdern und -schwestern, die das Agieren von politischen Funktionsträgern und weiten Teilen der Zivilgesellschaft auszeichnet, ist dem Umstand geschuldet, dass man mit ihnen den Stallgeruch, nicht wenige Ressentiments und oft auch den Nachnamen teilt. Wer wirklich etwas gegen den bornierten Fremdenhass ausrichten will, müsste jedoch, anstatt permanent die Realität zu beschönigen, etwas gegen den Lokalpatriotismus und den Sozialcharakter des ostzonalen Provinzpatrioten unternehmen, den jeder von Familienfeiern, Klassentreffen und der Kraftmeierei auf den Stadtfesten kennt. Dieser Sozialcharakter zeichnet sich durch seine permanente Gekränktheit, die Angst zu kurz zu kommen, Unfähigkeit zur Erfahrung, Hass auf die moderne und unverstandene gesellschaftliche Vermittlung über das abstrakte Recht und den Markt sowie den unverdienten Stolz auf Tradition, Scholle und Familie aus. Fremde gelten diesem Sozialtypus stets als eine Gefahr des eigenen,

als prekär empfunden, sozialen Status. Die lokale Gemeinschaft, die er stets von fremden Mächten bedroht sieht, stellt er über alles, weil das Kollektivgefühl die narzisstischen Kränkungen kompensiert, die die erdrückende Enge des Landlebens und der alltägliche Konkurrenzdruck hervorbringen.

Die von der Stadtverwaltung und ihren zivilgesellschaftlichen Vorfeldorganisationen betriebenen Kampagnen „Wir sind Freiberg“ und „Wir lieben Freiberg“ kultivieren und fördern diesen Typus. Libidinöse Heimatbindung und ein narzisstischer Stolz auf die eigene Stadt sind das, was sie euphemistisch als „regionale Verankerung“ bezeichnen. Die fehlende Lust und die Unfähigkeit zur inhaltlichen Kritik an Provinzialismus, Fremdenfeindlichkeit und Gemeinschaftssucht, wie sie exemplarisch von der AfD verkörpert werden, hat seine Ursache im eigenen Verständnis von Freiberg als einer großen Familie, in der jeder für die Gemeinschaft und die Stadt einzustehen hat, auch wenn sich ansonsten alle – wie in jeder guten Familie – spinnefeind sind. Dieses inoffizielle Stadtmotto der Freiburger findet man auch eingemeißelt auf der Rückseite ihres Rathauses: *„Du bist ein Nichts im Ganzen, wenn du ihm nicht dienst.“* Das ist der Kern der autoritären Freiburger Tradition, deren Kritik die Voraussetzung dafür wäre, überhaupt sinnvoll von so etwas wie „Weltoffenheit“ sprechen zu können.

Antifaschistische Gruppe Freiberg
Redaktion Freibärger, Dezember 2015



Freibärger

Gesellschaftskritische Zeitung aus Freiberg

afg.blogspot.de